

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 18.02.2016

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva
Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.
Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Gäste

Herr Brokmann	Planungsbüro Kortemeier/Brokmann	(zu TOP 6)
Herr Brewitt	Architekt	(zu TOP 7)

Von der Verwaltung

Herr Steinriede	Bauamt	(zu TOP 6)
Herr Otterbach	Immobilienervicebetrieb	(zu TOP 7)
Herr Glasl	Amt für Verkehr	(zu TOP 8)
Frau Sißmann	Bauamt	(zu TOP 9)
Frau Heeren	Amt für Jugend und Familie	(zu TOP 10)
Herr Dreckschmidt	Kulturamt	(zu TOP 11)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Steinmeier	Bezirksamt Heepen	(Schriftführer)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole beantragt, den für die nichtöffentliche Tagesordnung ausgewiesenen Punkt 17.1 „*Wohnen an der Schliemannstraße - Vorstellung des neuen Bebauungskonzeptes* -“ im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Bebauungspläne würden grundsätzlich öffentlich beraten. Auch könne er nicht erkennen, welche nichtöffentlichen Aspekte mit einem Bebauungskonzept an der Schliemannstraße verbunden sein könnten.

SDP-Fraktionsvorsitzender Akay stimmt dem Anliegen der CDU-Fraktion unter der Voraussetzung zu, dass eine Berichterstattung durch die Verwaltung bereits im öffentlichen Sitzungsteil gewährleistet ist.

Herr Skarabis macht darauf aufmerksam, dass die Berichterstatterin des Bauamtes erst zum nichtöffentlichen Sitzungsteil anwesend sein werde.

Angedacht sei ein Verfahren analog zum neuen Bebauungskonzept für die Greifswalder Straße mit einer nichtöffentlichen Erstinformation der Bezirksvertretung und späterer Beratung in öffentlicher Sitzung.

Herr Skarabis wirbt für eine zunächst nichtöffentliche Information in der heutigen Sitzung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bekräftigt seinen Antrag auf öffentliche Behandlung der Thematik. Sollten sich nichtöffentliche Teilaspekte ergeben, könnten diese zu Tagesordnungspunkt 17.1 beraten werden.

Fraktionsvorsitzender Akay erklärt für die SPD-Fraktion Zustimmung zu den vorgeschlagenen Verfahrensregelungen.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der nichtöffentlich ausgewiesene Tagesordnungspunkt „*Wohnen an der Schliemannstraße - Vorstellung des neuen Bebauungskonzeptes* -“ wird in öffentlicher Sitzung unter der Voraussetzung behandelt, dass die Berichterstatterin des Bauamtes rechtzeitig vor Beendigung des öffentlichen Sitzungsteils anwesend sein wird.

Nichtöffentliche Teilaspekte werden planmäßig zu Tagesordnungspunkt 17.1 beraten.

- einstimmig beschlossen -

Die von der Bezirksvertretung mit dieser Änderung genehmigte Tagesordnung wird sodann
wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Ein Anwohner der Schliemannstraße meldet Gesprächsbedarf zum neuen Bebauungskonzept „Wohnen an der Schliemannstraße“ an.

Bezirksbürgermeister Schäffer sagt eine Sitzungsunterbrechung für Einwohnerfragen zu, sofern dieser Beratungspunkt unter den genannten Voraussetzungen in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollte.

Herr Paepenmöller, Danziger Straße 42, 33605 Bielefeld, informiert darüber, dass inzwischen zum 6. Mal ein Pkw wegen überhöhter Kurvengeschwindigkeit in seinen Vorgarten gefahren sei.

Die Tempo 30-Begrenzung werde regelmäßig ignoriert.

Außerdem sei der intensive Schwerlastverkehr auf der Danziger Straße nicht mehr tolerabel, zumal der Straßenaufbau für Lkw ohnehin nicht geeignet sei.

Herr Paepenmöller fordert ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge aller Art mit der Zusatzbeschilderung „Anlieger frei“.

Herr Skarabis sagt eine Prüfung und schriftliche Antwort der Straßenverkehrsbehörde zu.

Ein Anwohner der Danziger Straße 24 bekräftigt durch diverse Detailbeschreibungen die Ausführungen von Herrn Paepenmöller.

Durch das hohe Verkehrsaufkommen, die überhöhten Geschwindigkeiten und die gegenüber seinem Grundstück befindliche Einmündung der Stolper Straße habe er Probleme bei der Grundstücksausfahrt.

Die Intensität des Schwerlastverkehrs sei inakzeptabel.

Gelegentliche Geschwindigkeitskontrollen der Polizei würden die Situation nicht verbessern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die
14. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 14.01.2016**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung der
Bezirksvertretung Stieghorst am 14.01.2016 wird nach Form und Inhalt
genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Radverkehrsführung Detmolder Straße zwischen Lagesche Straße
und Pyrmonter Straße
- Planungs-Workshop -**

Der zu Punkt 3.13 der Sitzung der Bezirksvertretung am 14.01.2016
angekündigte Workshop zur Vorbereitung der Planung einer
Radverkehrsführung an der Detmolder Straße zwischen Lagesche Straße und
Pyrmonter Straße wird am 04.03.2016 ab 15.00 Uhr in der Mensa der
Grundschule Ubbedissen durchgeführt.

Die Einladung des Amtes für Verkehr ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.2

Bauliche Veränderung im Kreuzungsbereich Detmolder Straße / Osningsstraße sowie in der Osningsstraße zur Verbesserung der Radwege- und Fußgängerführung

Das Amt für Verkehr plant die Durchführung einer baulichen Veränderung im Kreuzungsbereich Detmolder Straße / Osningsstraße sowie in der Osningsstraße zur Verbesserung der Radwege- und Fußgängerführung.

Die Ausführung der Arbeiten ist für Juni bis August 2016 vorgesehen.

Die Baubeschreibung ist den Mitteilungen für die Fraktionen und Parteienvertreter als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.3

6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“

Die Bezirksvertretung Stieghorst hat die 6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“ am 11.06.2015 mit Mehrheit abgelehnt.

Abweichend dazu hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 03.11.2015 einstimmig den Aufstellungsbeschluss mit folgender Ergänzung gefasst:

„Im weiteren Verfahren sind die Auswirkungen des Bauvorhabens auf die Infrastruktur des Ortsteils Ubbedissen bezogen auf die Kapazitäten der Kanalisation, des Verkehrs sowie der Angebotsstrukturen von Kitas und Schulen zu prüfen. Die Prüfung ist dabei im Kontext der Gesamtentwicklung des Ortsteils Ubbedissen in den letzten 10 Jahren vorzunehmen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind der Bezirksvertretung und dem StEA vorzustellen.“

Der Auszug zu Punkt 4.1 aus der Niederschrift über die Sitzung des StEA am 03.11.2015 ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.4 Breitbandausbau

Der Stadtentwicklungsausschuss (StEA) hat in seiner Sitzung am 01.12.2015 einstimmig einen Beschluss zum Breitbandausbau gefasst.

Der Auszug zu Punkt 5.1 aus der Niederschrift über die Sitzung des StEA am 01.12.2015 ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

Zu einer Anfrage der BfB-Fraktion im StEA zum Breitbandausbau im Stadtgebiet ist ein Positionspapier der WEGE ins Informationssystem eingestellt worden, das als Anlage zu TOP 3.4 der StEA-Sitzung am 01.12.2015 eingesehen werden kann.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.5 Kindertageseinrichtung Lämershagen (BV Stieghorst, 14.01.2016, TOP 10)

Zu der Frage nach den Ursachen und geplanten Maßnahmen für die still gelegte Spielebene in der Kindertageseinrichtung Lämershagen hat der Immobilienservicebetrieb eine Stellungnahme abgegeben, die den Mitteilungen als Anlage beigefügt ist.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.6

**Freigabe von Fußwegen für Radfahrer
(BV Stieghorst, 14.01.2016, TOP 3.4)**

Die Straßenverkehrsbehörde hat die Voraussetzungen für die gewünschte Freigabe des Gehweges entlang der Lageschen Straße von der Fußgängerbrücke bis zur Kreuzung Detmolder Straße/Lagesche Straße/Breslauer Straße nochmals überprüft.

Die hierzu ergangene Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 28.01.2016 ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.7

**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“
- Bürgerinformationsveranstaltung -**

Der Bebauungsplan „Greifswalder Straße“ für das Gebiet nördlich und westlich der Greifswalder Straße und südlich der Bahntrasse befindet sich im Änderungsverfahren.

Im September 2013 wurde die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Aktuell gibt es ein neues Baukonzept, das vom Investor und dem Bauamt der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Hierzu findet eine Informationsveranstaltung am Dienstag, dem 08.03.2016, um 18.30 Uhr, in der Aula der Osningschule, Neue Straße 13-15, 33605 Bielefeld, statt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.8

Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn den Mitgliedern (ohne

Ratsmitglieder) verteilten Handbücher und Fernsprechverzeichnisse 2016 der Stadtverwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.9 Gefahrensituation im Bereich der ÖPNV-Haltstelle „Am Alten Dreisch“ am Lipper Hellweg

Herr Skarabis bezieht sich auf die Information eines Bürgers im Rahmen der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung am 14.01.2016. Die dazu ergangene Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde sei vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.10 Haushaltsplanentwurf 2016 und Bezirksbudget für den Stadtbezirk Stieghorst

Herr Skarabis bezieht sich auf die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016 und des Bezirksbudgets für den Stadtbezirk Stieghorst in der Sitzung am 14.01.2016 mit der Fragestellung von CDU-Fraktionsvorsitzendem Thole zu dem Etatansatz für die Anpassung der Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich Detmolder Straße / Otto-Brenner-Straße / Osningsstraße.

Der ausgewiesene Haushaltsansatz in Höhe von 197.800 € beziehe sich auf die Straßenbaukosten für den Umbau des Knotenpunktes.

Weitere 145.000 € für die Anpassung der Lichtsignalanlage seien Bestandteil eines „Sammeltopfes“ beim Amt für Verkehr mit Beratungs- und

Beschlusskompetenz des Stadtentwicklungsausschusses.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erinnert sodann an seine in der Sitzung am 14.01.2016 gestellte Frage zu dem für das Jahr 2018 vorgesehenen Ansatz von 550.000 € zur Erschließung des Gewerbegebietes Ubbedissen (östlich Bollstraße). Dieser Ansatz stehe im Widerspruch zu dem bereits im Jahr 2015 fertig gestellten Kanal bis zur Firma Getränke Wüllner.

Herr Skarabis teilt mit, dass hierzu noch keine Stellungnahme des Umweltbetriebes vorliege.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 3 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 4 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Ausschilderung der Bezirksdienststellen der Polizei

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2775/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausschilderung zu den 3

Bezirksdienststellen der Polizei an der Otto-Brenner-Straße 194, Detmolder Straße 443 und Detmolder Straße 598 vorzunehmen.“

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole führt zur Begründung aus, dass die 3 Polizeidienststellen im Stadtbezirk schlecht zu finden seien. Hinweise auf diese Dienststellen könnten einen Beitrag zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls leisten.

Beispielhaft verweist er auf die gute Ausschilderung der Polizeidienststelle im Stadtteil Brake des Stadtbezirks Heepen.

Fraktionsvorsitzender Akay erklärt für die SPD-Fraktion die Unterstützung des vorliegenden Antrages.

Einschränkend macht er jedoch darauf aufmerksam, dass diese Polizeidienststellen nur unregelmäßig besetzt seien.

Auf jeden Fall sollte eine Beschilderung mit der Polizei abgestimmt werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen erklärt ebenfalls die Unterstützung des Antrages der CDU-Fraktion.

Für das subjektive Sicherheitsgefühl sei eine Wegweisung aber nicht das richtige Instrument.

Besser wären Hinweisschilder mit Rufnummern der Polizei in verschiedenen Sprachen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist nochmals auf die Beschilderung der Polizeidienststelle in Brake und deren gute Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausschilderung zu den 3 Bezirksdienststellen der Polizei an der Otto-Brenner-Straße 194, Detmolder Straße 443 und Detmolder Straße 598 vorzunehmen.

Die Ausführung ist mit der Polizei abzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2 Tempo 30-Zone Käferweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2781/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut:

„Der Käferweg in Hillegossen wird eine Zone Tempo 30.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay begründet den Antrag mit dem Wunsch der Anwohner zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

Mitglied Möller (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Käferweg um einen schmalen Privatweg für die Anwohner mit geringem Anliegerverkehr handele. Die Kosten von ca. 700 € pro Schild würden bei diesen Rahmenbedingungen nicht sinnvoll verwendet.

SDP-Fraktionsvorsitzender Akay verweist auf vorhandene Tempo 30-Zonen in allen benachbarten Straßen. Dem Gefühl der Anwohner müsse Rechnung getragen werden.

Mitglied Möller verweist nochmals auf den Status als Privatweg.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay macht auf die Möglichkeit einer rechtlichen Prüfung im Vorfeld aufmerksam.

Bezirksbürgermeister Schäffer erinnert daran, dass ein früher bereits existentes Schild „Tempo 20“ von der Verwaltung entfernt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Thole erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion unter der Voraussetzung, dass eine rechtliche Prüfung die Zulässigkeit der beantragten Beschilderung bestätigt.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der Käferweg in Hillegossen wird eine Zone „Tempo 30“ unter der Voraussetzung, dass eine vorherige rechtliche Prüfung die Zulässigkeit dieser Geschwindigkeitsbegrenzung bestätigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2782/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut:

„Die Verwaltung wird beauftragt Lösungen zu finden, wie die fußläufige Verbindung von der Bollstraße / Pelikanweg ab Haus-Nr. 7 zu dem Bahnhofpunkt Ubbedissen für die Bürger der umliegenden Wohngebiete in einen dauerhaft begehbaren Zustand versetzt werden kann.“

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) begründet den Antrag mit der Bedeutung dieser Wegeverbindung für die Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitig regelmäßig wiederkehrenden Nutzungshindernissen durch den schlechten Zustand.

Insbesondere der Durchlass werde bei Regen durch einfließenden Schlamm von den umliegenden Feldern teilweise unpassierbar.

Der Zustand des Weges bedeute für Rad fahrende Kinder ein Gefährdungspotential und für ältere Menschen mit Rollatoren ein absolutes Nutzungshindernis.

Die Busverbindung von den östlichen Wohngebieten in Ubbedissen zum Bahnhofpunkt und dem Ortszentrum stelle keine Alternative zu der Wegeverbindung entlang der Bahnlinie dar.

Die Verwaltung solle zu der Deutschen Bahn AG Kontakt aufnehmen, um gemeinsam einen vernünftigen Zustand des Weges zu erreichen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bestätigt die Notwendigkeit einer Verbesserung des Weges. Allerdings würden hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

In der Vergangenheit habe die Bezirksvertretung bereits durch Schotterung in Eigenleistung eine vorübergehende Verbesserung erreicht.

Der Durchlass entspreche ohnehin nicht dem rechtlichen Rahmen für eine Nutzung als Rad-/Gehweg und werde ein Provisorium bleiben. Für einen Ausbau des Durchlasses seien in den 1990er Jahren bereits 160.000 DM kalkuliert worden.

Ein Ausbau des Weges würde nach bereits abgeschlossenen Grundstücksverhandlungen nicht mehr am Grunderwerb scheitern. Allerdings seien keine Finanzmittel verfügbar.

Der Umweltbetrieb sollte gebeten werden, im Durchlass regelmäßig den Schlamm zu entfernen.

Herr Skarabis verweist auf eine der Bezirksvertretung am 24.06.2010 bekannt gegebene Stellungnahme des Amtes für Verkehr.

Danach habe die überschlägige Kostenermittlung für den Ausbau des Weges ca. 650.000 € und für die Ertüchtigung der Eisenbahnunterführung weitere ca. 500.000 € ergeben.

Diese Mittel würden im Haushalt nicht zur Verfügung stehen und könnten

mangels rechtlicher Verpflichtung ohnehin nicht aufgewendet werden.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass auf die Ertüchtigung des Durchlasses verzichtet werden könne.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier spricht sich für eine einfache Verbesserung durch Schotter, Splitt etc. und einen entsprechenden Hinweis im Beschlusstext aus.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt Lösungen zu finden, wie die fußläufige Verbindung von der Bollstraße / Pelikanweg ab Haus-Nr. 7 zu dem Bahnhofspunkt Ubbedissen für die Bürger der umliegenden Wohngebiete *mit einfachen Mitteln* in einen dauerhaft begehbaren Zustand versetzt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 5.3 *

Zu Punkt 5.4 Überprüfung Frequentierung Bürgerberatung Hillegossen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2783/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag des Mitgliedes der Partei Die Linke, der SPD-Fraktion und Grüne-Fraktion mit folgendem Wortlaut:

„Die Bezirksvertretung Stieghorst fordert die Verwaltung auf, eine Überprüfung bezüglich der Frequentierung der Bürgerberatung in Hillegossen nach den geänderten Öffnungszeiten, beginnend ab dem 01. Januar 2016, durchzuführen.

Die Evaluation ist der Bezirksvertretung in der Mai-Sitzung 2016 vorzulegen.“

Mitglied Hölscher (Die Linke) verweist zur Begründung auf die von 24 Stunden auf 6 Stunden wöchentlich abgesenkte Öffnungszeit der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes.

Mit dem Antrag solle erreicht werden, die Folgen dieser negativen Maßnahme statistisch zu erfassen. Lange Wartezeiten in der zentralen Bürgerberatung im Stadtbezirk Mitte würden bereits auf ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hindeuten. Für die Filiale in Hillegossen sollten die Fallzahlen ermittelt und das Verhältnis zu den Öffnungszeiten zu gegebener Zeit analysiert werden.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier spricht von einem interessanten Antrag.

Am 19.03.2015 habe die Bezirksvertretung einstimmig für den Erhalt der Filiale Hillegossen votiert.

Am 19.11.2015 sei der Antrag der CDU-Fraktion mit der Empfehlung an den Oberbürgermeister, die Ist-Situation der Bürgerberatungsfiliale Hillegossen aufrecht zu erhalten, von der Bezirksvertretung mit Mehrheit abgelehnt worden. Diese Mehrheit habe gleichzeitig die Reduzierung der Öffnungszeiten auf wöchentlich 2 Tage von 9.00 bis 12.00 Uhr bei gleichzeitiger Empfehlung weiterer Nachmittags-Öffnungen beschlossen. Dieser Beschluss sei Grundlage für die Entscheidung des Oberbürgermeisters gewesen.

Bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung am 19.11.2015 habe die CDU-Fraktion festgestellt, dass die Sachbearbeitung in der Filiale Hillegossen mit 10.098 Kontakten weit mehr ausgelastet sei, als eine Stelle in der Bürgerberatung Mitte mit lediglich 5.305 Kontakten (Fallzahl 145.895 bei 27,5 Stellen).

Eine Erhöhung der Wartezeiten sei bei einer so deutlichen Reduzierung der Öffnungszeiten absehbar gewesen.

Für 32.000 Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst werde in der Filiale Hillegossen nur noch ein Stellenanteil von 0,2 vorgehalten.

75 % der Bürgerinnen und Bürger müssten jetzt insbesondere zur Filiale Heepen und der zentralen Bürgerberatung im Stadtbezirk Mitte ausweichen.

Im Übrigen habe sich der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Stieghorst um die Belange der Bürgerinnen und Bürger nicht gekümmert.

Für die CDU-Fraktion und das Mitglied der BfB stelle er den folgenden Antrag:

„Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes auf wöchentlich 23 Stunden zu erhöhen.

Im Verhältnis zu den ursprünglichen Öffnungszeiten von 24 Stunden wöchentlich ergibt sich eine Einsparung von 5 %.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay führt aus, dass die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen im bisherigen Umfang nicht hätten aufrechterhalten werden können. Mit Mehrheitsbeschluss vom 19.11.2015 seien zusätzliche Nachmittags-Öffnungen empfohlen worden.

Eine Untätigkeit des Bezirksbürgermeisters weise er zurück.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt nochmals fest, dass die Mehrheit in der Bezirksvertretung gegen das Votum der CDU-Fraktion und des Mitgliedes der BfB einer Reduzierung der wöchentlichen Öffnungszeiten auf 2 Tage von 9.00 bis 12.00 Uhr zugestimmt habe.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay entgegnet mit dem Hinweis auf einen ursprünglich einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung zum Erhalt des Ist-Zustandes der Filiale Hillegossen.

Das Mehrheitsvotum vom 19.11.2015 habe ausdrücklich zusätzliche Nachmittags-Öffnungen einbezogen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt zum chronologischen Ablauf der Beratung vom 19.11.2015 fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion zum Erhalt des Ist-Zustandes der Filiale Hillegossen von der SPD-Fraktion, der Grüne-Fraktion und dem Mitglied der Partei Die Linke abgelehnt worden sei.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) zitiert zur Klarstellung aus dem Sitzungsprotokoll.

Er vertritt die Ansicht, die SPD-Fraktion wolle die CDU-Fraktion und die Bürgerinnen und Bürger „für dumm verkaufen“.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay legt Wert auf die Feststellung, dass die Empfehlung von zusätzlichen Nachmittags-Öffnungen auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückzuführen sei.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier wiederholt den zuvor gestellten Antrag der CDU-Fraktion mit dem nochmaligen Hinweis auf ein Einsparpotential von 5 %.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) wirft Mitglied Hölscher (Die Linke) Populismus vor.

Das Ergebnis einer von der Partei Die Linke initiierten Bürgerbefragung sei von der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt ignoriert worden.

Heute lege diese Partei einen Antrag vor, mit dem die negativen Auswirkungen dieser Entscheidung dokumentiert werden sollen.

Mitglied Hölscher (Die Linke) erinnert an den einstimmigen Beschluss vom 19.03.2015 zum Erhalt des Ist-Zustandes der Filiale Hillegossen.

Der Versuch der CDU-Fraktion, in der Sitzung am 19.11.2015 einen gleichlautenden Antrag nochmals beschließen zu lassen, sei mit Mehrheit abgelehnt worden.

Im Rat der Stadt habe die CDU anders als in der Bezirksvertretung votiert.

Der heutige Antrag sei die Konsequenz einer falschen Ratsentscheidung und solle als Grundlage für eine statistische Aufarbeitung dienen.

Bezirksbürgermeister Schäffer stellt fest, dass nunmehr 2 Anträge zur Abstimmung vorliegen würden.

Herr Skarabis erläutert die Geschäftsordnung des Rates.

- Auf Antrag der SPD-Fraktion unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung von 17.50 Uhr bis 17.55 Uhr. -

Mitglied Hölscher (Die Linke) kritisiert das Verhalten der CDU-Fraktion im Umgang mit dem vorliegenden Antrag zur Überprüfung der Frequentierung der Bürgerberatung Hillegossen.

Er könne nicht nachvollziehen, warum einer statistischen Aufbereitung die Zustimmung verweigert werde. Sobald das Ergebnis vorliege, könne die CDU-Fraktion immer noch ihren Antrag auf Ausweitung der Öffnungszeiten stellen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bekräftigt nochmals den Antrag der CDU-Fraktion mit der Begründung, dass die Auslastungszahlen bereits belegt seien. In der Filiale Hillegossen gebe es doppelt so viele Bürgerkontakte pro Stellenanteil wie in der zentralen Bürgerberatung im Stadtbezirk Mitte.

Sodann lässt Bezirksbürgermeister Schäffer über die vorliegenden Anträge wie folgt abstimmen:

Antrag der CDU-Fraktion und des Mitgliedes der BfB

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes auf wöchentlich 23 Stunden zu erhöhen. Im Verhältnis zu den ursprünglichen Öffnungszeiten von 24 Stunden wöchentlich ergibt sich eine Einsparung von 5 %.

Dafür:	8 Stimmen
Dagegen:	9 Stimmen
Enthaltungen:	---

- mithin abgelehnt -

Gemeinsamer Antrag des Mitgliedes der Partei Die Linke, der SPD-Fraktion und Grüne-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Stieghorst fordert die Verwaltung auf, eine Überprüfung bezüglich der Frequentierung der Bürgerberatung in Hillegossen nach den geänderten Öffnungszeiten, beginnend ab dem 01. Januar 2016, durchzuführen.

Die Evaluation ist der Bezirksvertretung in der Mai-Sitzung 2016 vorzulegen.

Dafür: 9 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen
Enthaltungen: ---

- mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 5.4 *

Zu Punkt 6

230. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bielefeld
"Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet"
- Beschluss über Stellungnahmen
- abschließender Beschluss zur 230. Änderung des Flächennutzungsplanes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2714/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Steinriede (Bauamt) bezieht sich auf die im Stadtbezirk Stieghorst gelegene Potenzialfläche E 1 im Bereich Gräfinhagen, nördlich der Oerlinghauser Straße.

Im Rahmen der Offenlage der 230. Änderung des Flächennutzungsplanes seien zu dieser Fläche Bedenken und Anregungen zum Artenschutz, Naturschutz, zum Landschaftsbild, zur Naherholung und zur Ausdehnung der Potenzialfläche eingegangen.

Diese Bedenken und Anregungen hätten im Ergebnis zu keiner Veränderung der Fläche geführt, die nunmehr als Konzentrationszone beschlossen werden solle.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) verweist auf die Seite 6 der Beschlussvorlage mit der Aussage, dass sich u. a. die Teilfläche E 1 durch ein mittleres bzw. geringes artenschutzrechtliches Konfliktrisiko auszeichne und daher als Fläche für die Nutzung der Windenergie in Frage komme.

Er hinterfragt ein mittleres bzw. geringes Konfliktrisiko.

Herr Brokmann (Büro Kortemeier / Brokmann) erläutert, dass u. a. im Bereich der Potenzialfläche E 1 der Bussard als sensible Art gefunden worden sei.

Keine konkreten Hinweise gebe es hingegen auf den Uhu und den Rotmilan.

Diese Ausgangssituation stelle ein mittleres Konfliktrisiko dar. Im späteren Rahmen eines konkreten Genehmigungsverfahrens werde zudem noch eine

Einzelfallprüfung durchgeführt.

Herr Steinriede macht darauf aufmerksam, dass der Flächennutzungsplan nur einen Rahmen setze. Vor einer Antragsgenehmigung müsse jeder Detailaspekt ohnehin geprüft werden.

Mitglied Hoffmann macht sodann auf Feststellungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland sowie des Vogelschutzbundes aufmerksam, wonach jedes Jahr ca. 300.000 Vögel durch Windräder getötet würden.

Bei jedem Infrastrukturprojekt im Verkehrsbereich würden singuläre Tiere im Genehmigungsverfahren eine entscheidende Rolle spielen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Hindernisse und Zeitverzögerungen beim Weiterbau der Autobahn 33.

Leider gebe es offenbar keine Tierlobby im Zusammenhang mit der Genehmigung von Windenergieanlagen.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) äußert sich ebenfalls kritisch mit der Feststellung, dass Windräder zunächst aufgestellt würden, um anschließend die Opferzahlen statistisch zu erheben.

Herr Brokmann verweist nochmals auf Detailuntersuchungen im Genehmigungsverfahren mit der Möglichkeit, artenspezifische Abschaltzeiten für Windenergieanlagen festzulegen.

Fraktionsvorsitzender Thole erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Er möchte wissen, ob es für die Potenzialfläche in Gräfinhagen bereits Interessenten gebe.

Herr Steinriede bestätigt Investoreninteresse, jedoch gebe es noch keine konkreten Anträge.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Den Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB wird entsprechend Anlage A.1 der Vorlage gefolgt bzw. nicht gefolgt. Der Einarbeitung in das Planverfahren wird zugestimmt.**
- 2. Den in den Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB geäußerten Anregungen und Bedenken wird entsprechend Anlage A.3 der Vorlage nicht stattgegeben. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.**
- 3. Den in den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB geäußerten Anregungen und Bedenken wird entsprechend Anlage A.3 der Vorlage nicht**

stattgegeben. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Ergänzungen der Planunterlagen, hier der Begründung sowie des Umweltberichtes, werden gemäß Anlage B.2 und B.3 beschlossen.
5. Die 230. Änderung des Flächennutzungsplanes „Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet“ wird mit der Begründung gemäß Anlage B.1 und B.2 abschließend **b e s c h l o s s e n** .
6. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die 230. Flächennutzungsplanänderung „Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet“ ist die Erteilung der Genehmigung ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Die Flächennutzungsplanänderung ist mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 (5) BauGB zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

Dafür: 16 Stimmen
Dagegen: 1 Stimme
Enthaltungen: ---

- mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7 Schaffung von Wohnraum für einkommensschwache Gruppen - Vorstellung der Planung Walter-Werning-Straße

Herr Otterbach (Immobilienervicebetrieb) bezieht sich auf die von der Bezirksvertretung am 14.01.2016 beschlossene Verwaltungsvorlage zur Schaffung von Wohnraum für einkommensschwache Gruppen mit dem Hinweis, dass für das städtische Areal an der Walter-Werning-Straße bereits vollständiges Planungsrecht zur sofortigen Bebauung gegeben sei.

Herr Brewitt (Architekt) stellt das Bebauungskonzept mittels Beamer-Präsentation (Anlage zur Sitzungsniederschrift) vor.

Das Baugrundstück befinde sich in einem Mischgebiet.

Durch das abfallende Gelände mit einem Höhenunterschied von 3 m würden sich 2 identische Baukörper anbieten.

Für jedes der baugleichen Gebäude seien 4 Wohnungen mit 1 Zimmer, Küche, Bad und 5 Wohnungen mit 2 Räumen, Küche, Bad, somit insgesamt jeweils 9 Wohneinheiten geplant.

Die Gebäude würden mit Flachdach, ohne Keller und ohne Balkone errichtet. Für Balkone bestehe die Möglichkeit einer späteren Nachrüstung. Das Mauerwerk werde ohne zusätzliche Dämmstoffe in guter Qualität hergestellt. Durch die Aufteilung in 2 Baukörper gebe es viele außen liegende Räume mit Fenstern.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole hinterfragt

- die Anzahl und Lage der Stellplätze,
- Abstimmungen mit der Nachbarschaft wegen 3-Geschossigkeit der Baukörper,
- die Erschließung über einen städtischen Privatweg und
- den Kubikmeter-Preis.

Herr Otterbach erläutert, dass das Ziel einer Kostenbegrenzung auf 1.500 € Brutto je Quadratmeter Nutzfläche mit tatsächlichen Kosten in Höhe von ca. 1.680 € geringfügig überschritten werde.

Bei einem Förderanteil von 1.605 € verbleibe ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 75 €/m² Nutzfläche.

Stellplätze würden nach dem Schlüssel 1,0 errichtet.

Eine Nachbarschaftsbeteiligung erfolge im Genehmigungsverfahren.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte wissen, ob es bereits Belegungsüberlegungen gebe.

Ferner verweist er auf die fehlende ÖPNV-Anbindung an den zentralen Versorgungsbereich in Hillegossen.

Herr Otterbach verweist auf die Zuständigkeiten des städtischen Sozialamtes für die Wohnungsbelegung und der moBiel GmbH für den ÖPNV.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass der ÖPNV fußläufig in ca. 10 Minuten erreichbar sei.

Zum vorgestellten Bebauungskonzept möchte er wissen, ob es sich bei der Gebäudeform um die endgültige Planung handele.

Herr Otterbach führt aus, dass im Stadtentwicklungsausschuss nur erste Konzepte vorgestellt worden seien. Die Planung sei modifiziert worden mit dem Ergebnis, dass die Qualität im Verhältnis zu den verfügbaren Mitteln stimme.

Eine Unterkellerung sei finanziell nicht mehr darstellbar, jedoch gebe es in den Wohnungen Kellerersatzflächen.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen hinterfragt den Erschließungsweg und den Erhalt des Baumbestandes.

Herr Brewitt erläutert, dass für die Erschließung ein separates städtisches Grundstück zwischen dem südlichen Baukörper und einem zusätzlichen Grünstreifen zur Nachbarbebauung zur Verfügung stehe.

2 alte Eichen müssten dem Bauvorhaben voraussichtlich weichen.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen fordert den Erhalt dieser Eichen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf die Flächenausweisung als Mischgebiet mit 2 in der Nachbarschaft ansässigen Firmen.
Er möchte wissen, ob diese Firmen im Hinblick auf die Wohnbebauung zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen ergreifen müssten.

Herr Brewitt verweist auf eine Prüfung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens.

Herr Otterbach macht auf eine vorgesehene 3-fach- Verglasung für die Wohnbebauung aufmerksam.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Oldentruper Straße zw. Otto-Brenner-Straße und Stralsunder Straße hier: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Fuß-, Rad- und Kfz-Verkehr sowie ÖPNV im Rahmen einer Fahrbahndeckensanierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2767/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Glasl (Amt für Verkehr) erläutert mittels Beamer-Präsentation die in der Beschlussvorlage beschriebenen Planungen.

Mitglied Mayregger begrüßt für die SPD-Fraktion die vorgestellte Planung.
Speziell betont er die Bedeutung einer Linksabbiegespur in die Meisenstraße und die Herstellung der für diesen Einmündungsbereich bereits beschlossenen Querungshilfe.

Fraktionsvorsitzender Thole macht auf eine völlig gegensätzliche Bewertung durch die CDU-Fraktion aufmerksam.

Die Oldentruper Straße sei eine Hauptverkehrsstraße ohne Unfallschwerpunkt.
Mit Ausnahme des Straßenzustandes gebe es in dem überplanten Bereich keine verkehrlichen Probleme. Diese Feststellung werde durch eine identische

Einschätzung der Polizei bekräftigt.

Die geplante Verengung von 4 auf 2 Fahrspuren sei der Planung nicht erforderlicher Radverkehrsanlagen geschuldet, die teilweise - durch Grünstreifen geschützt - bereits vorhanden seien.

Das Linksabbiegen aus der Meisenstraße in die Oldentruper Straße werde durch einen vorgelagerten Radweg und Grünstreifen künftig nur noch erschwert möglich sein. Die Verwaltung selbst schätze die Funktionsfähigkeit der Einmündung gemäß Vorlage nur als „noch gegeben“ ein.

Bei der Bewertung der Bestandssituation beschreibe die Verwaltung lediglich die Verkehrsbelastung in der nachmittäglichen Spitzenstunde mit rd. 1.400 Kfz. Dieser Wert verschleierte die Tatsache, dass die Oldentruper Straße täglich von rd. 24.000 Kraftfahrzeugen frequentiert werde.

Verkehrssicherheit sei der wichtigste Faktor. Diese Sicherheit sei in Frage gestellt, wenn z. B. aus der Meisenstraße ausfahrend bis zum Straßenrand der Oldentruper Straße erst 7 bis 8 m an Gehweg-, Radweg- und Grünstreifenfläche gequert werden müssten.

Als Autofahrer müsse man nacheinander auf Fußgänger und Radfahrer achten, danach einen Grünstreifen queren und anschließend nochmals auf Radfahrer und den Kfz-Verkehr auf der Oldentruper Straße achten.

Abschließend kritisiert CDU-Fraktionsvorsitzender Thole die Darstellung der Kosten.

Die ausgewiesenen Kostenanteile in Höhe von 195.000 € würden sich noch um die Kosten der Fahrbahndeckensanierung in Höhe von ca. 190.000 € erhöhen.

Herr Glasl (Amt für Verkehr) räumt ein, dass die Einmündung der Meisenstraße weder heute noch künftig zufriedenstellend sei. Erforderlich wäre eine Lichtsignalanlage, die im Rahmen der Deckensanierung finanziell aber nicht dargestellt werden könne.

Ferner bestätigt er, dass die Kosten für die Deckensanierung in Höhe von ca. 190.000 € in der Verwaltungsvorlage nicht ausgewiesen seien.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass der Radweg stadtauswärts z. B. in den Bereichen der Tankstelle, eines Mehrfamilienhauses und der Friedhofszufahrt von mehreren Kfz-Querungsbereichen tangiert sei. Auf der Fahrbahn werde der Radfahrer besser wahrgenommen.

Im Übrigen existiere die 4-Spurigkeit der Oldentruper Straße ohnehin nur bis zur Einengung hinter der Einmündung Stralsunder Straße. Für eine 4-Spurigkeit dieses Abschnittes der ansonsten 2-spurigen Oldentruper Straße gebe es keinen vernünftigen Grund.

Aus seiner Sicht stelle die vorgestellte Planung eine positive Entwicklung dar.

Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) macht auf das zu hohe Geschwindigkeitsniveau aufmerksam. Aus diesem Grunde sei der Grünstreifen bis zur Meisenstraße ein Sicherheitsfaktor.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass sich die Einwohnerzahl der Stadt Bielefeld kontinuierlich erhöhe. Dies werde einen ebenfalls zunehmenden Kfz-Verkehr zur Folge haben. Vor diesem Hintergrund sei ein Rückbau kein geeignetes Mittel.

Diese Feststellungen würden nicht im Widerspruch dazu stehen, dass auch die CDU-Fraktion für Verkehrssicherheit plädiere.

Herr Glasl führt aus, dass am Knotenpunkt mit der Otto-Brenner-Straße keine Veränderungen geplant seien. Hier würden zunächst in beiden Fahrtrichtungen 2 Fahrspuren mit einem geringen Rückstaurisiko verbleiben.

Mit Ausnahme der weiterhin nicht befriedigenden Einmündung Meisenstraße Sorge die Planung durchweg für Verbesserungen.
Das künftige Mobilitätsverhalten könne niemand vorhersehen.

Mitglied Tölke (CDU-Fraktion) verweist auf eine heute funktionierende Straße. Er möchte wissen, für welche Anzahl von Radfahrern die kalkulierten Kosten bereitgestellt würden.

Herr Glasl stellt fest, dass die Planung für alle Verkehrsteilnehmer eine Verbesserung bringen werde.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen hält es für unerträglich, dass die CDU-Fraktion bei jeder verkehrlichen Maßnahme immer nur für den Ist-Zustand plädiere.

Die Umsetzung der vorgestellten Planung erhöhe die Lebensqualität. Nicht Kraftfahrzeuge seien die Zukunft, sondern der ÖPNV und der Radverkehr.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verteidigt den Ist-Zustand mit der Begründung, dass es auf diesem Abschnitt der Oldentruper Straße keine verkehrlichen Probleme gebe.

Auf Kfz-Verkehre werde auch in Zukunft nicht verzichtet werden können. Bei einer Bevölkerungsprognose von 350.000 Einwohnern bis zum Jahr 2020 werde auch der Verkehr zunehmen.

Die weiterhin unbefriedigende Gestaltung der Einmündung Meisenstraße werde zur Folge haben, dass diese Straße gemieden und der Verkehr sich andere Wege durch Wohngebiete zur Oldentruper Straße suchen werde. Negatives Vorbild hierfür sei der erfolgte Umbau der Osningstraße.

Mit dem Ziel einer höheren Verkehrssicherheit formuliert er sodann für die CDU-Fraktion den folgenden Antrag:

„Unter der Voraussetzung einer ausschließlichen Deckensanierung wird der Einmündungsbereich der Meisenstraße in die Oldentruper Straße durch eine Lichtsignalanlage gesichert.“

Herr Glasl (Amt für Verkehr) vertritt die Ansicht, dass es für den Kfz-Verkehr erkennbar keine alternativen Ausweichrouten durch Wohngebiete gebe. Geld für eine Lichtsignalanlage stehe im Rahmen einer Deckensanierung nicht zur Verfügung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay äußert sich grundsätzlich positiv zur beantragten Lichtsignalanlage, die jedoch wegen fehlender Finanzmittel von vornherein nicht umsetzbar sei.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole vertritt die Ansicht, dass im Falle einer Signalisierung auf 3 Mittelinseln und die dafür kalkulierten Kosten verzichtet werden könne.

Auf Nachfrage von Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) teilt Herr Glasl mit, dass im Bereich der Bushaltestelle keine Querungshilfe, sondern eine Mittelinsel mit 2 Bäumen geplant sei.

Fraktionsvorsitzender Akay stellt für die SPD-Fraktion sodann den folgenden Änderungsantrag:

„Unter der Voraussetzung einer Änderung der Verkehrsführung wird der Einmündungsbereich der Meisenstraße in die Oldentruper Straße durch eine Lichtsignalanlage gesichert, wenn deren Finanzierung möglich ist.“

Im Übrigen werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag gemäß Verwaltungsvorlage folgen.

Sodann ergehen die folgenden

B e s c h l ü s s e:

Antrag der CDU-Fraktion:

Unter der Voraussetzung einer ausschließlichen Deckensanierung wird der Einmündungsbereich der Meisenstraße in die Oldentruper Straße durch eine Lichtsignalanlage gesichert.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 9 Stimmen
Enthaltungen: ---

- mithin abgelehnt -

Antrag der SPD-Fraktion:

Unter der Voraussetzung einer Änderung der Verkehrsführung wird der Einmündungsbereich der Meisenstraße in die Oldentruper Straße durch eine Lichtsignalanlage gesichert, wenn deren Finanzierung möglich ist.

Dafür: 9 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen
Enthaltungen: ---

- mithin beschlossen -

Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2767/2014-2020):

Unter Berücksichtigung des Beschlusses zu einer Lichtsignalanlage im Einmündungsbereich der Meisenstraße in die Oldentruper Straße empfiehlt die Bezirksvertretung Stieghorst dem Stadtentwicklungsausschuss, den Veränderungen der Verkehrsführungen entsprechend der beiliegenden Planunterlagen (Anlage 1 – 2 zur Beschlussvorlage der Verwaltung / Drucksachen Nr. 2767/2014-2020) zuzustimmen.

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

Enthaltungen: ---

- mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

**Wohnen an der Schliemannstraße
- Vorstellung des neuen Bebauungskonzeptes -**

- eingefügt gemäß Beschluss vor Eintritt in die Tagesordnung -

Frau Sißmann (Bauamt) bezieht sich auf den im April 2014 von der Bezirksvertretung und dem Stadtentwicklungsausschuss gefassten Aufstellungsbeschluss zur Erst- und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/4/61.00 „Wohnen an der Schliemannstraße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB.

Der neue Architekt der Dolphin Trust GmbH habe inzwischen ein neues Baubauungskonzept bei identischer Abgrenzung des Bebauungsplangebietes vorgelegt.

Mittels Beamer-Präsentation erläutert sie die Planung von 100 City-Apartments in 4 Gebäudeteilen mit verbindenden Gemeinschaftsräumen (Lounge-Bereich mit Concierge).

Durch ein zentrales Parkhaus an der Detmolder Straße entstehe ein autofreier Wohnbereich mit Wegeverbindungen auch für die Nachbarschaft.

Dem Parkhaus angegliedert sei ein Gebäudeteil mit Wohnungen für behinderte Menschen.

Für die Apartments sei eine Wohnfläche von 25 m² vorgesehen.

25 % der Apartments würden mit öffentlichen Mitteln gefördert (Sozialwohnungen).

Auf Nachfrage von Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) beschreibt Frau Sißmann die Zielgruppen mit Studenten, Auszubildenden, Pendlern, Handlungsreisenden etc..

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay hält 100 Wohneinheiten für problematisch.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole vertritt die Ansicht, dass das geplante Parkhaus als Eingangssituation zum Wohngebiet optisch verbessert werden müsse.

Vor dem Hintergrund fehlender Gebäudezufahrten hinterfragt er sodann die Zufahrtsmöglichkeiten für z. B. die Feuerwehr und die Müllabfuhr.

Auch halte er es für problematisch, wenn die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner z. B. ihre Einkäufe regelmäßig über längere Strecken vom Parkhaus zur Wohnung transportieren müssten.

Abschließend hinterfragt er die Möglichkeiten einer Hinterlandbebauung der Schliemannstraße.

Frau Sißmann teilt mit, dass ein Rettungsweg mit der Feuerwehr abgestimmt worden sei.

Eine Hinterlandbebauung an der Schliemannstraße könne nach dem neuen Plankonzept jedoch nicht mehr über die Fläche der Dolphin Trust GmbH erschlossen werden.

- Um 19.50 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für eine Einwohnerfrage. -

Ein Anwohner der Schliemannstraße hinterfragt eine Erschließungsmöglichkeit über eine Feuerwehrezufahrt zum geplanten Wohngebiet.

Frau Sißmann empfiehlt dem Bürger, sich im weiteren Bebauungsplanverfahren mit seinen Fragen und Anregungen einzubringen.

- Um 19.55 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -

Bezirksbürgermeister Schäffer dankt Frau Sißmann für die Erläuterungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2016/2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2746/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Heeren (Amt für Jugend und Familie / Jugendamt) verweist auf die gesamtstädtische Übersicht auf Seite 4 der Anlage 1 mit dem Hinweis, dass sich die Platzzahl im U 3-Bereich, im Ü 3-Bereich und mithin insgesamt gegenüber dem Vorjahr erhöht habe.

Wegen einer gleichzeitig gestiegenen Nachfrage im U 3-Bereich sei die prozentuale Versorgungsquote dennoch von 43,8 % auf 43,3 % zurückgegangen.

Die Versorgungsquote im Ü 3-Bereich habe sich von 98,4 % auf 99,4 % erhöht.

Sodann verweist sie auf die Planung der Tagesbetreuung im Stadtbezirk Stieghorst.

Im Stadtteil Sieker sei an der Greifswalder Straße eine neue Kindertageseinrichtung in Planung. Zum Beginn des Kindergartenjahres am 01.08.2016 werde diese jedoch noch nicht verfügbar sein.

Die momentane und noch zu erwartende Zuwanderung nach Bielefeld erfordere die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze, um die Integration der geflüchteten Kinder durch die frühkindlichen Bildungsangebote in der Kindertagesbetreuung zu ermöglichen.

Am 31.12.2015 seien stadtweit 230 Flüchtlingskinder im Kita-Alter erfasst gewesen.

Wie in den Vorjahren orientiere sich der Umfang des Betreuungsangebotes an

dem individuellen Bedarf der Eltern. Dieser habe mit Hilfe eines neuen Verfahrens konkreter erfasst und in enger Absprache mit jedem Träger einrichtungsspezifisch ermittelt werden können.

Darüber hinaus werde an Hand eines Fragebogens der tatsächliche Betreuungsbedarf der Eltern für die neu zu belegenden Kita-Plätze 2016/2017 ermittelt. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit einem 35-Stunden-Betreuungsangebot erfüllt ist. Für Eltern mit einem höheren Betreuungsbedarf sei die Ausweitung auf bis zu 45 Stunden unter Angabe der beruflichen oder privaten Gründe möglich.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay hinterfragt die Erweiterungsmöglichkeiten vorhandener Kindertageseinrichtungen.

Frau Heeren informiert darüber, dass im Stadtbezirk Stieghorst für das Kinderhaus Stralsunder Straße die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe beantragt worden sei.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay hinterfragt sodann die Zielgruppe der Fragebogenaktion.

Frau Heeren teilt mit, dass diese stufenweise bei den Eltern für die neu zu belegenden Kita-Plätze durchgeführt werde. „Altfälle“ seien in die Befragung nicht einbezogen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole stellt fest, dass der Stadtbezirk Stieghorst mit Betreuungsangeboten gut ausgestattet sei.

Auf seine Nachfrage zur Erweiterung des Kinderhauses Stralsunder Straße teilt Frau Heeren mit, dass der Antrag auf Mittelbewilligung bisher noch nicht genehmigt worden sei.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2016/2017 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2 fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2016 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

Gruppenform	Platzzahl* Tageseinric h-tungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
-------------	---------------------------------------	----------------------------	---------------------------	--------------------------

I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	240	1.265	3.276	
	Ib (35 Std.)	1.675			
	Ic (45 Std.)	2.626			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	20	20		
	IIb (35 Std.)	498	498		
	IIc (45 Std.)	1.050	1.050		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	439		439	
	IIIb (35 Std.)	2.164		2.164	
	IIIc (45 Std.)	3.096		3.096	
Summe		11.808	2.833	8.975	820

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (11.808 + 820 = 12.628) und der Gesamtzahl der Plätze (12.760) ergeben sich aus der Tatsache, dass 132 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 133 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2015/2016 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2017 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2016 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Kulturprogramm 2016 für den Stadtbezirk Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2554/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Dreckschmidt (Kulturamt) skizziert kurz die Programmabwicklung 2015 sowie den Programmvorschlag 2016.

Wie im Vorjahr würden 3 Programmangebote in Kooperation mit dem Freizeitzentrum Stieghorst realisiert.

Der kulturelle Beitrag für den Kinder- und Stadtteiltreff „Eva-Gahbler-Haus“ sei inzwischen terminiert worden und solle im Rahmen des Stadteifestes am 03.07.2016 erfolgen.

Mitglied Frau Abendroth (SPD-Fraktion) dankt Herrn Dreckschmidt für die wiederum positiven Ergebnisse.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole schließt sich diesem Dank an.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt dem Programmvorschlag 2016 gemäß Anlage zur Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2554/2014-2020) zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Skarabis verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Auflistung

der bisher noch unerledigten Beschlüsse der Bezirksvertretung, die um neue Beschlussfassungen ergänzt bzw. um die inzwischen erledigten Beschlüsse bereinigt worden sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 18.02.2016 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-